

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>305</sup>:

„Der Sicherheitsrat verurteilt auf das entschiedenste den in Irak begangenen Terroranschlag auf den demokratisch gewählten Repräsentantenrat. Der Sicherheitsrat bekundet den Opfern dieser abscheulichen terroristischen Handlung und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung Iraks sein tiefes Mitgefühl und Beileid.

Der Rat unterstreicht, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Rates mit den irakischen Behörden in dieser Hinsicht aktiv zusammenzuarbeiten.

Der Rat bekräftigt, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden.

Der Rat bekräftigt ferner die Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, zu bekämpfen. Der Rat erinnert die Staaten daran, dass sie sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen.

Der Rat bekundet erneut seine Entschlossenheit, alle Formen des Terrorismus im Einklang mit seiner Verantwortung nach der Charta zu bekämpfen.

Der Rat unterstützt nachdrücklich die Anstrengungen zur Förderung des nationalen Dialogs, der Aussöhnung und der politischen Mitwirkung auf breiter Ebene, um die Einheit, den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Irak zu gewährleisten. Der Rat verlangt ferner, dass diejenigen, die in dem Versuch, den politischen Prozess zu untergraben, zu Gewalt greifen, die Feindseligkeiten einstellen, ihre Waffen niederlegen und sich an diesem Prozess beteiligen.

Der Rat bekräftigt seine anhaltende Unterstützung des irakischen Volkes und der irakischen Regierung beim Wiederaufbau ihres Landes und bei der Stärkung der Grundlagen eines dauerhaften Friedens, einer konstitutionellen Demokratie und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts.“

Mit Schreiben vom 15. Mai 2007<sup>306</sup> unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär, dass sein Schreiben vom 7. Mai 2007<sup>307</sup> den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden sei und dass sie von der darin enthaltenen Information und darin geäußerten Absicht Kenntnis genommen hätten.

Auf seiner 5714. Sitzung am 9. Juli 2007 beschloss der Rat, die Vertreter Jemens und Spaniens einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>308</sup>:

---

<sup>305</sup> S/PRST/2007/11.

<sup>306</sup> Das Schreiben, das als Dokument S/2007/280 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 109 dieses Bandes.

<sup>307</sup> S/2007/279.

<sup>308</sup> S/PRST/2007/26.

„Der Sicherheitsrat verurteilt unmissverständlich den am 2. Juli 2007 in Marib (Jemen) verübten Terroranschlag und bekundet den Opfern dieses Anschlags und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung Jemens und Spaniens sein tiefstes Mitgefühl und Beileid.

Der Rat unterstreicht, dass diejenigen, die diese entsetzliche Tat begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und den Resolutionen 1373 (2001), 1566 (2004) und 1624 (2005) in dieser Hinsicht mit der Regierung Jemens zusammenzuarbeiten und ihr gegebenenfalls Unterstützung und Hilfe zu gewähren.

Der Rat bekräftigt, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden.

Der Rat bekräftigt ferner die Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, zu bekämpfen. Der Rat erinnert die Staaten daran, dass sie sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen.

Der Rat bekundet erneut seine Entschlossenheit, alle Formen des Terrorismus im Einklang mit seiner Verantwortung nach der Charta zu bekämpfen.“

---

## DIE SITUATION IN CÔTE D'IVOIRE<sup>309</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 5505. Sitzung am 7. August 2006 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>310</sup>:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Verpflichtung auf die Umsetzung des Friedensprozesses und des von der Internationalen Arbeitsgruppe aufgestellten Etappenplans. Er begrüßt die Initiativen des Premierministers, Charles Konan Banny, und den laufenden Dialog zwischen Präsident Laurent Gbagbo, dem Premierminister und allen anderen ivoirischen Parteien.

Der Rat bekundet dem Premierminister erneut seine volle Unterstützung. Er begrüßt seine Entschlossenheit, die bei dem Treffen auf hoher Ebene am 5. Juli 2006 in Yamoussoukro von allen ivoirischen Parteien gefassten Beschlüsse<sup>311</sup> umzusetzen. Er legt ihm eindringlich nahe, seine Anstrengungen fortzusetzen, und verlangt, dass alle ivoirischen Parteien uneingeschränkt und nach Treu und Glauben mit ihm zusammenarbeiten.

---

<sup>309</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat jedes Jahr seit 2002 verabschiedet.

<sup>310</sup> S/PRST/2006/37.

<sup>311</sup> Siehe S/2006/516, Anlage.